

Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende
Fondation « Assurer l'avenir des gens du voyage suisses »
Fondazione « Un futuro per i nomadi svizzeri »

Jahresbericht 2007
Rapport annuel
Rapporto di gestione

Jahresbericht 2007	3
Rapport annuel 2007	16
Rapporto di gestione 2007	28

Jahresbericht 2007

ORGANE DER STIFTUNG

STIFTUNGSRAT:

Präsident:

Werner Niederer*	<i>a. Regierungsrat des Kantons Appenzell-Ausserrhoden</i>	Herisau
------------------	--	---------

Mitglieder des Stiftungsrates:

May Bittel*	<i>Zigeunermmission</i>	Versoir/GE
Claudio Candinas	<i>Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit des Kantons Graubünden</i>	Chur
Dr. phil. Paul Fink*	<i>Bundesamt für Kultur</i>	Bern
Dr. iur. Max Gisler (ab 01.01.2007)	<i>Gemeinderat</i>	Steinhausen/ZG
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zürich
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal/SO
Sigisbert Lutz (bis 31.01.2007)	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Herrenschwanden
Johann Moser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geunsee/LU
Martin Vinzens	<i>Bundesamt für Raumentwicklung</i>	Bern
Marco Waser (ab 01.01.2007)	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Chur
Maria-Luisa Zürcher (ab 01.02.2007)	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Schönbühl

*) Mitglieder des Ausschusses

Kontrollstelle:

Eidgenössische Finanzkontrolle, Bern

Geschäftsstelle:

Urs Glaus, Dr. iur., Rechtsanwalt, Oberer Graben 44, Postfach, 9001 St. Gallen
 Tel. 071 222 10 20
 Fax 071 222 10 55
 E-Mail info@gj-anwaelte.ch
 Internet-Zugang: www.stiftung-fahrende.ch

RÜCKBLICK

1997 bis 2007 - Jubiläum der Stiftung

Die Idee der Schaffung einer Stiftung des Bundes entstand 1991 auf dem Hintergrund der damals noch nicht einmal in ihrer ganzen Tragweite erkannten jahrzehntelangen Verfolgung und Diskriminierung der Fahrenden. Ziel der Stiftung sollte von Anfang an sein, "die Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der Fahrenden anzupacken". Die parlamentarische Initiative ging vom damaligen Präsidenten und von mehreren Mitgliedern der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit aus. Im Bericht vom 28. August 1991 der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit wurde als Hauptproblem der Fahrenden die fehlenden Stand- und Durchgangsplätze bezeichnet, was bedauerlicherweise noch heute der Fall ist. Die Stiftung wurde als die geeignete Rechtsform angesehen, damit die Probleme optimal angegangen werden könnten. In seiner Stellungnahme vom 16. September 1991 unterstützte der Bundesrat die Initiative und skizzierte die Organisation und Finanzierung der Stiftung im wesentlichen in der Art, wie sie später Gesetz wurden. Die Unabhängigkeit von der Verwaltung war sowohl für die Initianten wie für den Bundesrat und das Parlament ein besonderer Vorteil der Stiftung. Drei Jahre später, am 9. Oktober 1994, wurde das entsprechende Bundesgesetz verabschiedet.

Die Stiftung wurde am 1. Mai 1997 gegründet. Der Stiftungsrat nahm sofort seine Tätigkeit auf. Er konzentrierte sich von Anfang an auf die wichtigsten Anliegen der Fahrenden im Wissen darum, dass weder die finanziellen noch die personellen Ressourcen ausreichend waren, um sich aller Anliegen der Fahrenden anzunehmen. Im Vordergrund stand die Vereinheitlichung der Gewerbepatente und die Behebung des Mangels an Stand- und Durchgangsplätzen. Damit konzentrierte sich die Stiftung auf zwei zentrale Anliegen der Kultur der Fahrenden. Der Stiftungsrat ist sich bewusst, dass auch in den Bereichen Sozialversicherung, Schule, Förderung der jesischen Sprache, Verständigung zwischen Fahrenden und Sesshaften noch vieles zu tun ist.

Die Gewerbepatente sind seit 2003 vereinheitlicht in dem Sinne, dass die Patente auf einer bundesrechtlichen Grundlage beruhen, von den Kantonen erteilt und auf dem Gebiet der ganzen Schweiz anerkannt werden. Der Mangel an Stand- und Durchgangsplätzen hingegen ist nicht behoben. Die Stiftung hat im Jahre 2000 ein Gutachten in Auftrag gegeben, das den Bestand an Plätzen feststellte und den zusätzlichen Bedarf ermittelte. Es kam zum Ergebnis, dass 30 Standplätze und 30 Durchgangsplätze verteilt über das ganze Gebiet der Schweiz fehlen. Im Jahre 2005 wurde überprüft, ob zwischen 2000 und 2005 eine Verbesserung ein-

getreten sei. Das Fazit war ernüchternd: Per Saldo standen 2005 drei Plätze weniger zur Verfügung als fünf Jahre zuvor.

Dennoch werden heute die Anliegen der Fahrenden auf allen staatlichen Ebenen besser wahrgenommen. Es ist anerkannt, dass Plätze fehlen, alle Berichte stellen auf die beiden Gutachten der Stiftung aus den Jahren 2001 und 2006 ab. Der Bundesrat hat im Jahre 2006 einen Bericht über die Situation der Fahrenden veröffentlicht, der vom Nationalrat verlangt worden war. Mehrere Kantone haben Konzepte ausgearbeitet, um die Platznot zu beheben; auch diese Kantone haben sich an den Gutachten der Stiftung orientiert, und die Umsetzung der Konzepte hat bereits eingesetzt.

Dennoch besteht dringender Handlungsbedarf. Es ist Aufgabe des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, der Kultur der fahrenden Minderheit der Schweiz Sorge zu tragen. In erster Linie ist den Angehörigen der Minderheit der nötige Raum in der Form von Stand- und Durchgangsplätzen zu gewähren. Der gesamte Platzbedarf für 30 Standplätze und 30 Durchgangsplätze verteilt über die ganze Schweiz macht gesamthaft nicht mehr als 20 Hektaren Land aus. Das ist wenig, und die Kosten dafür sind bescheiden. Die Fahrenden fordern keine Almosen, sondern sie bezahlen für die Benützung der Plätze eine angemessene Miete. Bund, Kantone und Gemeinden sind zu gemeinsamem Handeln aufgerufen. Sie haben ihre Verpflichtung gegenüber den Fahrenden einzulösen und Plätze bereitzustellen.

Die Einrichtung von Plätzen bedeutet in erster Linie die Überwindung von Vorurteilen gegenüber den Fahrenden. Die Stiftung fordert diesen Akt der Toleranz von der Bevölkerung und von den Behörden von Bund, Kanton und Gemeinden ein. Sie verlangt überdies, dass ihr Handlungsspielraum erweitert wird und ihr ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Situation der Fahrenden effektiv verbessert kann.

Die Stiftung beschloss im Jahre 2007 aus Anlass ihres zehnjährigen Bestehens, die Persönlichkeit auszuzeichnen, die sich um die Anliegen der Fahrenden herausragend verdient gemacht hat. Am 17. Januar 2008 wurde Frau a. Bundesrätin Ruth Dreifuss ein Anerkennungspreis der Stiftung verliehen. In seiner Laudatio hob Herr Nationalrat Toni Bortoluzzi das authentische und glaubwürdige Engagement von Frau Dreifuss für die Fahrenden hervor, welches nicht politischem Kalkül folgte, sondern ihrer Haltung und Überzeugung entsprach und auf diese Weise eine breite Wirkung entfaltete. Die Stiftung hat Frau Dreifuss mit einem Bild des mit den Fahrenden sehr verbundenen und im Tessin lebenden Künstlers Max Lüubli geehrt.



Max Läubli, "Dietro le tende", Format 55 x 65 cm, Öl auf
Leinwand

JAHRESBERICHT

Öffentlichkeitsarbeit

Der Stiftungsrat hatte bereits im Jahr 2006 beschlossen, ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit ausarbeiten zu lassen. Die Anliegen der Fahrenden sollen den Kantonen und Gemeinden besser bekannt gemacht werden, damit die Verantwortlichen zu Gunsten der Fahrenden aktiv werden. Der Stiftungsrat hat eine ausgewiesene PR-Agentur als Beraterin beigezogen. Der Auftrag bestand darin, die legitimen und zeitlich zunehmend drängenden Anliegen der Fahrenden in der Öffentlichkeit und bei den politisch Verantwortlichen vermehrt bewusst zu machen und ihnen Gehör zu verschaffen. Die Stiftung wird diesen Aspekt bei ihren Tätigkeiten verstärkt berücksichtigen.

Die Stiftung leistet Öffentlichkeitsarbeit durch Information. Mehrere Matura-, Diplom- und Seminararbeiten wurden von einzelnen Fahrenden und von der Geschäftsführung begleitet, die Verfasserinnen und Verfasser wurden informiert, dokumentiert und betreut.

Politische Arbeit

Im Oktober 2006 hatte der Bundesrat seinen Bericht an das Parlament über die Situation der Fahrenden in der Schweiz publiziert. In diesem Bericht beauftragte der Bundesrat das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), die Anliegen der Fahrenden im Rahmen der Liquidation von Grundstücken des VBS zu berücksichtigen und den Kantonen und Gemeinden Grundstücke aus dem Dispositionsbestand der Armee zu verkaufen, damit diese Stand- und Durchgangsplätze einrichten können. Am 12. Januar 2007 fand ein Hearing vor der Kommission Wissenschaft Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) statt. Eine Delegation der Stiftung konnte den Nationalrätinnen und Nationalräten ihre Sicht vortragen, vor allem den Wunsch, dass der Verkauf der Grundstücke des VBS im Hinblick auf die Schaffung von Plätzen für die Fahrenden durch das Parlament genau beobachtet werde. Unterstützt wurde die Stiftung auch vom Präsidenten der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz, Regierungsrat Willi Haag, St. Gallen. Im Jahre 2008 sollte der Bundesrat der WBK einen Zwischenbericht erstatten. Die Stiftung wird ihre Sicht einfließen lassen und Folgerungen aus dem Zwischenbericht ziehen.

Die Stiftung arbeitet mit dem VBS in einer Arbeitsgruppe zusammen, damit der Auftrag des Bundesrates, Plätze für Fahrende auf ehemaligen Militärarealen zu schaffen, möglichst erfolgreich umgesetzt werden kann. Zu diesem Zweck wird sie am 18. April 2008 eine Tagung in Bern durchführen. Verantwortliche aller staatlichen Ebenen sollen über diese einmalige Möglichkeit orientiert werden, dass und vor allem auf welche Weise auf Militärarealen des Bundes Plätze für Fahrende geschaffen werden können.

In mehreren Jahresberichten der Stiftung wurde darauf hingewiesen, dass im Kanton St. Gallen ein Konzept für die Schaffung von Durchgangsplätzen ausgearbeitet wurde. Dieses wird nun nach und nach realisiert. Ein ähnliches Konzept ist im Kanton Aargau ausgearbeitet worden. Der Kantonsrat hat Ende November 2007 die nötigen Kredite gutgeheissen. Die Stiftung empfiehlt Kantonen, in welchen mehrere Plätze zu schaffen sind, sich auf Konzepte abzustützen, wie sie die Kantone St. Gallen und Aargau erarbeitet haben.

Die Schweiz hat im Jahre 1998 das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert. Der Europarat verlangt von seinen Mitgliedern periodische Zwischenberichte. Delegationen des Europarates führen im Rahmen des Berichtsverfahrens mit der Verwaltung der Mitgliedsstaaten und mit interessierten Organisationen Gespräche über die Umsetzung der Ziele des Abkommens. Mitte November 2007 wurde die Schweiz von einer Delegation des Europarates besucht. Die Organisationen der Fahrenden haben den Delegierten des Europarates ihre Sicht darlegen können, wie die internationale Verpflichtung der Schweiz gegenüber den Fahrenden umgesetzt werden kann. Die Stiftung hat sich auch gegenüber den Delegierten des Europarates auf den Standpunkt gestellt, dass Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam und vermehrt Anstrengungen zu Gunsten der nationalen Minderheit der Fahrenden unternehmen müssten. Als erste, aber keineswegs einzige Massnahme, sei energisch und gezielt der Auftrag des Bundesrats umzusetzen, auf Grundstücken des VBS Plätze für Fahrende einzurichten. Es dürfe indessen nicht allein den Kantonen und Gemeinden überlassen werden, ob sie auf den Grundstücken Plätze für Fahrende realisieren oder die Grundstücke anderen Zwecken zuführen wollen. Denn die Erfüllung des Auftrags des Bundesrates an das VBS darf nicht vom Belieben der Standortkantonen und -gemeinden abhängen.

Der Bundesrat hat im Entwurf für ein Kulturförderungsgesetz vorgeschlagen, das Bundesgesetz betreffend die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende vom 9. Oktober 1994 (SR 449.1) aufzuheben und die Anliegen der Fahrenden allein gestützt auf eine Kann-Bestimmung im Rahmen der Kulturförderung zu unterstützen. Der Stiftungsrat hält dies für einen Rückschritt, zu dem kein Anlass besteht. Vor allem würde der Stiftung ihrer Unabhängigkeit von der Verwaltung beraubt, welche grundlegende Voraussetzung dafür ist, damit sie ihre kritische Position einnehmen und die Verpflichtungen des Staates gegenüber

den Fahrenden überhaupt glaubwürdig einfordern kann. Wiedergutmachung der Verfolgung und Diskriminierung im letzten Jahrhundert kann sich nicht allein in symbolischen Genugtuungsleistungen erschöpfen. Vielmehr müssen die Lebensbedingungen geschaffen werden, die der nationalen Minderheit der Fahrenden ihre kulturelle Entfaltung gestatten. Die zentrale Voraussetzung dafür besteht darin, ihnen Stand- und Durchgangsplätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen. Die Schweiz ist heute weit von der Erfüllung dieser Verpflichtung entfernt. Die als verwaltungsunabhängige Organisation zugunsten der Fahrenden gedachte Einrichtung finanziell von der Verwaltung abhängig zu machen, wie dies der Bundesrat mit der Aufhebung des Bundesgesetzes vom 9. Oktober 1994 vorschlägt, tangiert die raison d'être der Stiftung.

Bemühungen um Plätze

Die Stiftung hat bescheidene finanzielle Mittel zur Verfügung. Sie kann keine substantiellen Beiträge an die Schaffung von Plätzen ausrichten. Seit Jahren aber vergibt sie kleinere Beiträge, in der Regel 10% der Erstellungskosten, begrenzt auf höchstens 15'000 Franken, um auf diese Weise wenigstens die ideelle Unterstützung und Förderung zum Ausdruck zu bringen.

Im Jahre 2007 wurde in der Gemeinde Bonaduz ein neuer Platz für die Fahrenden eingerichtet. Die Gemeinde Bonaduz hatte von sich aus die Initiative für die Verlegung des früheren Platzes ergriffen und den neuen Platz in kürzester Zeit realisiert. Der Platz gehört bei den Fahrenden zu den bevorzugten Halteorten, obschon die Kosten für die Errichtung mit etwas über 100'000 Franken sehr bescheiden waren.

Weitere Beiträge

Die Stiftung vergibt kleinere Beiträge für Einzelprojekte, mit denen sie ihre Solidarität und Unterstützung von Initiativen zu Gunsten der Fahrenden zum Ausdruck bringt. So hat sie die jährlich stattfindenden Zigeunerkulturwochen in der Stadt Zürich mit einem Beitrag unterstützt.

Einen weiteren Solidaritätsbeitrag hat sie für ein Folgeprojekt aus dem Nationalen Forschungsprogramm NFP 51 "Integration und Ausschluss" gewährt. Im Zusammenhang mit den historischen Forschungen zur Tätigkeit des Hilfswerks für die Kinder der Landstrasse der Stiftung Pro Juventute und zur Problematik der Stigmatisierung durch Aktenführung

wird zusätzlich ein populäres, reich illustriertes Buch verfasst und eine DVD gestaltet. Dieses Projekt wird von der Stiftung unterstützt. Die Forschungsergebnisse sind über Internet zugänglich (www.nfp51.ch). Im Anhang zu diesem Jahresbericht sind die wichtigsten Schlussfolgerungen und Empfehlungen zusammengefasst, damit sich nie wieder ähnliches ereignet.

Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern der Stiftung

Die Stiftung arbeitet mit den Organisationen der Fahrenden zusammen, in erster Linie mit deren Dachorganisation, der Radgenossenschaft der Landstrasse. Die gegenseitige Information und Arbeitsteilung ist das Ergebnis einer von Vertrauen und gegenseitigem Respekt getragenen langjährigen Zusammenarbeit.

Beim Bund wird das Dossier Fahrenden durch das Bundesamt für Kultur betreut. Durch die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt wird der Kontakt mit Bundesstellen wesentlich vereinfacht.

Stiftungsrat

Im Jahre 2007 ist der Stiftungsrat zu sechs Sitzungen zusammen gekommen. Die Mitglieder des Stiftungsrates haben in Ausschüssen und Arbeitsgruppen mehrere Projekte der Stiftung ausgearbeitet und begleitet.

Im Jahre 2007 ist Herr Sigisbert Lutz, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbandes, aus dem Stiftungsrat ausgeschieden. Seine Nachfolgerin ist Frau Maria-Luisa Zürcher, stellvertretende Direktorin des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Die Stiftung dankt Herrn Sigisbert Lutz für sein kompetentes und engagiertes Wirken der Fahrenden.

Stiftungsaufsicht und Eidg. Finanzkontrolle

Die Finanzen der Stiftung sind von der Eidg. Finanzkontrolle als Revisionsstelle der Stiftung geprüft worden. Am 3. März 2008 hat sie dem Stiftungsrat mitgeteilt, dass die Rechnung 2007 und die Buchhaltung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und sie dem Eidg. Departement des Innern, welches die Aufsicht über die Stiftung ausübt, die Genehmigung der Jahresrechnung 2007 beantrage.

JAHRESRECHNUNG UND BILANZ 2007

Erfolgsrechnung 2007

Bezeichnung	Aufwand CHF	Ertrag CHF
Beiträge Bund		148'300.00
Zinsertrag und realisierte Kursgewinne		17'876.20
neutrale Rechnung		7'500.00
Beiträge	3'796.20	
Publikationen	12'941.55	
Honorare	83'611.30	
Sitzungsgelder und Spesen	31'514.00	
AHV-Beiträge	1'620.35	
Courtage/Umsatzabgabe etc.	2'357.05	
Jahresbericht	9'220.65	
Revisionsstelle	2'178.10	
Buchhaltungsstelle	7'289.00	
Information Öffentlichkeit	17'629.90	
Verwaltungsaufwand	2'013.00	
Verlust 2007		494.90
	174'171.10	174'171.10

Bilanz 2007

Bezeichnung	Aktiven CHF	Passiven CHF
Umlaufvermögen	421'541.85	
Wertschriften	495'145.95	
Kurzfristiges Fremdkapital		10'173.90
Kursschwankungsreserve		38'000.00
Rückstellungen		64'100.00
Stiftungskapital		804'413.90
	916'687.80	916'687.80

Anhang

Das NF-Projekt "Aktenführung und Stigmatisierung": Die Politik ist gefordert

Von Roger Sablonier

In den Jahren 1926 bis 1973 betrieb die Pro Juventute das „Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse“. Die Aktion führte zu einer organisierten Verfolgung von jesischen Fahrenden und ihren Kindern. Das Geschehene lässt sich nicht rückgängig machen. Die gründliche historische Aufarbeitung kann aber, ganz abgesehen von der Verpflichtung gegenüber den Betroffenen, dazu beitragen, eine allseits anerkannte Forderung zu erfüllen: So etwas darf nicht mehr vorkommen.

Historische Rückschau, Lebensberichte und öffentliche Kampagnen haben vieles schon seit einiger Zeit klar gemacht. Das unselige Zusammenspiel von allgemein verbreiteten zeitgenössischen Werthaltungen mit der unkontrollierten, rechtsstaatlich häufig defizitären Anwendung von institutionellen Instrumenten ist durchschaubar geworden. Unter den sozialen Mechanismen, die zur stigmatisierten Ausgrenzung und gleichzeitig zum fatalen Integrationszwang für die Jesischen führten, kommt der Aktenführung und Aktenverwendung eine zentrale Rolle zu. Der Nationalfonds ermöglichte es, im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 51 („Integration und Ausschluss“) diesem Aspekt nochmals intensiver nachzugehen. Ein Forschungsteam an der Universität Zürich (Sara Galle, Thomas Meier und Roger Sablonier) sichtet und analysierte systematisch die Hilfswerk-Akten im Bundesarchiv. Weitere Informationen stammen aus einschlägigen Archivmaterialien von öffentlichen und privaten Institutionen, und das Ganze wird ergänzt durch eine Reihe von Interviews mit Beteiligten, insbesondere mit vom Hilfswerk Betroffenen.

Mit den Forschungsaktivitäten wurde zunächst eine zuverlässige Übersicht über sämtliche Betreuungsfälle erarbeitet und deren soziales Schicksal auch in quantitativen Kategorien erfasst. Die Resultate der Untersuchung, die demnächst in Buchform und in einer Ausstellung auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich werden, zeigen das ganze Ausmass des Schreckens drastisch auf.

Eine zweite, darauf aufbauende Untersuchungsrichtung knüpfte unter dem Titel „Aktenführung und Stigmatisierung“ an die Thematik des ganzen NFP-51-Forschungsprogramms an und entsprach unserem allgemeinen Interesse für die Kommunikationskultur von Verwaltung und Behörden, insbesondere im Bereich der Erstellung und der Verwendung von Akten dokumenten (sog. Schrifthandeln). Am Beispiel der vom Hilfswerk erfassten sozialen Gruppe tritt der innere Zusammenhang zwischen Aktenführung und Stigmatisierung besonders offen zutage: Für die typischen negativen, individuellen wie kollektiven Charakterisie-

rungen von „Vaganten“ hatten die Formulierungen in den Akten ein entscheidendes Gewicht. Diffamierende Qualifikationen (faul, diebisch, lügnerisch, asozial, sexuell haltlos, debil, etc.) gingen meist von Fürsorge-Akten, besonders der Pro Juventute, und von der damaligen Psychiatrie aus. Sie setzten sich durch Abschreiben und „passende“ Auswahl in behördlichen Akten von Polizei, Justiz, Gemeinden und anderen Stellen fort – und waren die Grundlage von Diskriminierungen, Kriminalisierungen und Pathologisierungen, an denen viele der „Betreuten“ psychisch und physisch zu zerbrechen drohten.

Die genaue Beobachtung der Aktenführung und ihrer Wirkungen am Beispiel des Hilfswerks lässt Folgerungen zu, deren Bedeutung als Handlungsanleitungen weit über die Bereiche Minderheitenschutz und Sozialwesen hinausreicht.

Erstens: Mit Bezug zu den Inhalten der Akten ist eine **bessere Kontrolle über die aktenführenden Stellen** unerlässlich. Die Kontrolle muss auf gesetzliche Grundlagen gestellt und institutionell verankert werden. Das gilt für staatliche Stellen, zumal diese eigentlich eine Monopolstellung besitzen. Ebenso unter Kontrolle gehören aber auch private Institutionen, die im Auftrag oder mit Genehmigung des Staates sozialfürsorgerische Aufgaben wahrnehmen. Beim Weitergeben von Akten innerhalb von Verwaltungen ist äusserste Sorgfalt und Zurückhaltung angebracht.

Zweitens: Die Aktenführung durch öffentliche und private Stellen braucht möglichst klare und einheitliche rechtliche und ethische Leitlinien. Bestehende Bemühungen um einen **Ethik-Kodex der Aktenführung** sollten in interdisziplinärer Zusammenarbeit fortgeführt werden. Korrektheit, Sorgfalt und Disziplin in der Aktenführung kommt, wenn es um den Schutz persönlicher Rechte geht, eigentlich lange vor dem Datenschutz. Vor jeder schriftlichen Fixierung, ganz besonders aber bei Angaben, welche die private Sphäre und die persönliche Integrität und Würde tangieren können, ist sehr strikte der Sachbezug zu prüfen.

Drittens: Die Waage zwischen Datenschutz und Transparenz neigt sich in letzter Zeit immer stärker Richtung Datenschutz. Damit wird die notwendige **Bewusstseinsbildung über die Probleme beim Gebrauch von Akten** viel eher behindert als gefördert. Nicht nur Datenschutz, auch Transparenz ist ein wichtiges demokratisch-rechtsstaatliches Erfordernis. Die heute weitgehend gesicherten Einsichts- und Ergänzungsrechte von Betroffenen müssen in der Praxis vollziehbar gemacht werden. Restriktiver Datenschutz, mit dem die Einsicht in Akten mit diskriminierendem, politisch inkorrektem oder schlicht menschlich nicht tolerierbarem Inhalt verhindert wird, schützt statt der Betroffenen die fehlbaren Institutionen.

Wir hoffen, dass solche Erkenntnisse den Weg in die politische Umsetzung finden. Das wäre gerade auch für die heutige Volksgruppe der Jenischen wichtig.

Rapport annuel 2007

ORGANES DE LA FONDATION

Conseil de Fondation

Président :

Werner Niederer* *Ancien Conseiller d'Etat du Canton
D'Appenzell Rhodes-Extérieures* Herisau

Membres du Conseil de Fondation :

May Bittel*	<i>Mission tsigane</i>	Versoix (GE)
Claudio Candinas	<i>Département de Justice, Police et Santé</i>	Coire
Paul Fink, Dr phil.*	<i>Office fédéral de la culture</i>	Berne
Max Gisler, Dr en droit (dès le 01.01.2007)	<i>Conseiller municipal</i>	Steinhausen/ZG
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurich
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balstahl (SO)
Sigisbert Lutz (jusqu'au 31.01.2007)	<i>Association des Communes Suisses</i>	Herrenschwanden
Johann Moser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee (LU)
Martin Vinzens	<i>Office fédéral de l'environnement territorial</i>	Berne
Marco Waser (dès le 01.01.2007)	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Coire
Maria-Luisa Zürcher (dès le 01.02.2007)	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Schönbühl

*) membres du Comité

Organe de contrôle :

Contrôle fédéral des finances, Berne

Secrétariat :

Urs Glaus, Dr en droit, avocat, Oberer Graben 44, case postale, 9001 St-Gall
Tél. 071 222 10 20
Fax 071 222 10 55
E-mail info@gj-anwaelte.ch
Site Internet : www.stiftung-fahrende.ch

RÉTROSPECTIVE

De 1997 à 2007 : Jubilé de la fondation

L'idée de la création d'une fondation par la Confédération naquit en 1991, avec pour toile de fond des décennies de persécution et de discrimination des gens du voyage, dont l'étendue réelle était encore inconnue. Dès sa mise en place, la fondation a eu pour objectif « la lutte contre les problèmes présents et futurs des gens du voyage ». L'initiative parlementaire émana du président de l'époque et de plusieurs membres de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national. Dans son rapport du 28 août 1991, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique estime que le manque en aires de séjour et de transit constitue le problème majeur des gens du voyage, ce qui est malheureusement toujours le cas aujourd'hui. La fondation a été considérée comme la forme juridique la plus appropriée pour traiter de façon optimale les problèmes existants. Dans son avis du 16 septembre 1991, le Conseil fédéral apporte son soutien à l'initiative et ébauche, pour l'essentiel, l'organisation et le financement de la fondation, tels qu'ils seront fixés plus tard dans la loi. La gestion privée de la fondation représentait aussi bien pour ses initiateurs que pour le Conseil fédéral et le Parlement un avantage de premier ordre. Trois ans plus tard, le 9 octobre 1994, la loi fédérale est adoptée.

La fondation est créée le 1^{er} mai 1997. Le Conseil de Fondation entre alors immédiatement en fonction. Dès le début, il prend en charge les principales revendications des gens du voyage tout en sachant que les ressources personnelles et financières sont insuffisantes pour traiter toutes les demandes. Sont abordées en premier lieu la normalisation des patentes de commerce ainsi que la suppression du manque en aires de transit et de séjour. La fondation se préoccupe ainsi de deux intérêts culturels principaux pour les gens du voyage. Le Conseil de Fondation sait toutefois que beaucoup reste à faire en matière d'assurance sociale, d'école, de promotion de la langue yéniche, d'entente entre les gens du voyage et les sédentaires.

Depuis 2003, les patentes de commerce sont normalisées par loi fédérale, à savoir qu'elles sont accordées par les cantons et reconnues sur tout le territoire suisse. Le manque en aires de séjour et de transit n'a cependant pas encore été résolu. En 2000, la fondation a mandaté un rapport d'expertise relevant le nombre d'emplacements existants et les besoins en emplacements supplémentaires. Il en ressort que 30 aires de séjour et 30 aires de transit manquent sur l'ensemble du territoire suisse. En 2005, un comparatif de situation entre 2000 et

2005 établit si oui ou non il y a eu amélioration. Le résultat s'avère plus que décevant : au total en 2005, on compte trois aires de moins que cinq années plus tôt.

On constate toutefois aujourd'hui une meilleure prise en considération des intérêts des gens du voyage et cela à tous les niveaux du système fédéral. Le manque en emplacements est reconnu, tous les rapports se réfèrent aux deux rapports d'expertise de la fondation datant de 2001 et 2006. En 2006, le Conseil fédéral a publié sur demande du Conseil national un rapport concernant la situation des gens du voyage. Plusieurs cantons ont élaboré, conformément aux rapports d'expertise de la fondation, des concepts afin de remédier au manque d'emplacements. Dans ces cantons, la mise en œuvre des concepts a déjà commencé.

Le besoin en action est cependant toujours très urgent. La Confédération, les cantons et les communes se doivent de préserver la culture de la minorité des gens du voyage en Suisse. En tout premier lieu, les personnes appartenant à cette minorité devraient disposer de la place nécessaire pour vivre, en l'occurrence sous la forme d'aires de séjour et de transit. Le besoin de 30 aires de séjour et 30 aires de transit réparties sur toute la Suisse ne représente pas plus de 20 hectares, ce qui est peu et engendre peu de frais. Les gens du voyage ne demandent pas l'aumône et acceptent de payer un loyer adéquat pour l'utilisation de l'emplacement. La Confédération, les cantons et communes sont appelés à agir ensemble. Ils doivent répondre de leurs engagements envers les gens du voyage et libérer des emplacements.

La création d'emplacements demande tout d'abord de surmonter les préjugés à l'encontre des gens du voyage. La fondation revendique cet acte de tolérance auprès de la population et des autorités fédérales, cantonales et communales. Elle exige en outre que son champ d'action soit élargi et que suffisamment de moyens financiers soient mis à disposition afin que la situation puisse effectivement s'améliorer.

À l'occasion de l'anniversaire de ses 10 ans en 2007, la fondation a décidé de récompenser la personnalité s'étant la plus engagée pour les intérêts des gens du voyage. Le 17 janvier 2008, Madame l'ancienne conseillère fédérale, Ruth Dreifuss, s'est vue remettre un prix de reconnaissance par la fondation. Dans son panégyrique, Monsieur le conseiller national, Toni Bortoluzzi, a loué l'authenticité et la sincérité de l'engagement de Mme Dreifuss en faveur des gens du voyage, qui ne relevait pas d'un calcul politique mais de sa position et de sa conviction et produisait ainsi de véritables effets. La fondation a décerné à Mme Dreifuss un tableau de Max Läubli, artiste très lié aux gens du voyage et vivant au Tessin.



Max Läubli, « Dietro le tende », format 55 x 65 cm, huile sur
toile

RAPPORT ANNUEL

Relations publiques

Le Conseil de Fondation avait déjà décidé en 2006 de faire réaliser un concept de relations publiques. Les intérêts des gens du voyage doivent être mieux portés à la connaissance des cantons et des communes afin que les responsables agissent en faveur des gens du voyage. Dans ce but, le Conseil de Fondation a mandaté une agence de relations publiques reconnue. Sa mission consiste à mieux faire connaître au public les revendications légitimes et de plus en plus pressantes des gens du voyage et de les faire entendre auprès des responsables politiques. La fondation prendra particulièrement en compte cet aspect dans le cadre de ses fonctions.

La fondation effectue un travail de relations publiques en matière d'information. Plusieurs travaux de maturité, de diplôme et de séminaire ont été soutenus par des gens du voyage et par le secrétariat général ; leurs auteurs ont été informés, documentés et encadrés.

Activité politique

En octobre 2006, le Conseil fédéral a remis au Parlement son rapport relatif à la situation des gens du voyage en Suisse. Dans ce rapport, le Conseil fédéral demande au Département fédéral de la défense, de la protection de la population et du sport (DDPS) de considérer les intérêts des gens du voyage dans le cadre de la liquidation des terrains du DDPS et requiert que les cantons et communes achètent les terrains du parc à disposition de l'armée afin de pouvoir les transformer en aires de séjour et de transit. Le 12 janvier 2007, une audition a eu lieu devant la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national (CSEC-N). Une délégation de la fondation a ainsi pu présenter son point de vue aux conseillères et conseillers nationaux et a tout particulièrement insisté pour que la vente des terrains du DDPS en vue de la création d'emplacements supplémentaires pour les gens du voyage soit précisément observée par le Parlement. La fondation a également reçu le soutien du président de la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement, Monsieur le conseiller d'Etat Willi Haag, St-Gall. En 2008, le Conseil fédéral devrait établir un rapport intermédiaire à la CSEC. La fondation y intégrera son point de vue et tirera les conséquences du rapport intermédiaire.

La fondation collabore avec le DDPS dans un groupe de travail afin que le mandat du Conseil fédéral, à savoir créer des emplacements pour les gens du voyage sur les anciens terrains militaires, soit réalisé avec le plus de succès possible. Toujours dans cet objectif, elle organise un congrès le 18 avril 2008 à Berne. À cette occasion, les responsables de tous les niveaux administratifs seront informés sur la création et surtout sur le mode de création de nouveaux emplacements pour les gens du voyage sur les terrains militaires de la Confédération.

Plusieurs rapports annuels de la fondation mentionnent qu'un concept de création d'aires de transit a déjà été élaboré dans le canton de St-Gall. Ce dernier est peu à peu mis en place. Un concept similaire a été réalisé dans le canton d'Argovie. Le Grand-Conseil a libéré les fonds nécessaires fin novembre 2007. La fondation recommande aux cantons où plusieurs emplacements peuvent être créés de s'appuyer sur des concepts semblables à ceux des cantons de St-Gall et d'Argovie.

En 1998, la Suisse a ratifié la Convention-cadre du Conseil de l'Europe pour la protection des minorités nationales. Le Conseil de l'Europe exige de ses membres la remise périodique de rapports intermédiaires. Dans le cadre de ces rapports, des délégations du Conseil de l'Europe organisent des rencontres avec les administrations des États membres ainsi qu'avec les organisations intéressées ayant pour but de discuter de la mise en œuvre des objectifs fixés par l'accord. Une délégation du Conseil de l'Europe s'est rendue en Suisse mi-novembre 2007. Les organisations des gens du voyage ont pu exposer leur point de vue quant aux possibilités pour la Suisse de respecter son engagement international vis-à-vis des gens du voyage. La fondation a également fait savoir aux délégués du Conseil de l'Europe que la Confédération, les cantons et les communes devaient, ensemble et de façon plus prononcée, agir en faveur de la minorité nationale des gens du voyage. La première des mesures à adopter, mais certainement pas la seule, consiste à appliquer avec énergie et de façon ciblée le mandat du Conseil fédéral ordonnant de créer des emplacements pour les gens du voyage sur les terrains du DDPS. Les cantons et communes ne devraient pas pouvoir décider seuls de la transformation ou non des terrains en aires pour les gens du voyage. L'application du mandat du Conseil fédéral au DDPS ne devrait en aucun cas dépendre du bon vouloir du canton ou de la commune concerné(e).

Dans une ébauche de loi sur l'encouragement de la culture, le Conseil fédéral a proposé d'abroger la loi fédérale du 9 octobre 1994 concernant la fondation « Assurer l'avenir des gens du voyage suisses » (RS 449.1) et de soutenir, dans le cadre de l'encouragement de la culture, les intérêts des gens du voyage, par simple disposition supplétive. Le Conseil de Fondation estime qu'il s'agit là d'une régression non fondée. Ainsi, la fondation se ferait subtiliser avant tout son indépendance par rapport à l'administration, une indépendance qui

s'avère indispensable au rôle critique et à la crédibilité de la fondation pour faire assurer les obligations de la Confédération vis-à-vis des gens du voyage. Les persécutions et discriminations affligées au siècle passé ne sauraient être effacées par des réparations symboliques du préjudice ; il faut également améliorer les conditions de vie pour la minorité des gens du voyage, leur permettant de vivre en harmonie avec leur culture. Pour cela, la condition sine qua non est la mise à disposition d'un nombre suffisant d'aires de séjour et de transit. La Suisse est aujourd'hui bien loin de remplir ce devoir. Vouloir qu'une institution, pensée à la base comme une organisation privée agissant en faveur des gens du voyage, devienne dépendante financièrement de l'administration publique, comme le Conseil fédéral a fait lors de sa proposition d'abrogation de la loi du 9 octobre 1994, revient à remettre en cause la raison d'être même de la fondation..

Efforts pour créer des emplacements

La fondation dispose de moyens financiers limités. Elle ne peut apporter d'aide substantielle à la création d'emplacements. Depuis des années, elle verse cependant de petites contributions, en principe équivalentes à 10% des coûts de construction et limitées à 15 000 francs maximum, afin d'exprimer son soutien et son encouragement.

En 2007, une nouvelle aire pour les gens du voyage a été aménagée dans la commune de Bonaduz. Cette dernière a pris d'elle-même l'initiative du transfert de l'emplacement antérieur et a réalisé peu de temps après le nouvel emplacement, qui compte parmi les haltes préférées des gens du voyage. Le tout aura été effectué pour la modeste somme d'un peu plus de 100 000 francs.

Autres contributions

La fondation montre sa solidarité et son engagement pour les initiatives en faveur des gens du voyage en versant des sommes plus modestes pour des projets particuliers. Elle a ainsi soutenu les semaines de la culture tzigane se tenant chaque année à Zurich.

Elle a également contribué à un projet afférent au programme national de recherche PNR 51 « Intégration et exclusion ». Dans le cadre des études historiques concernant « l'œuvre d'entraide pour les enfants de la grand-route » menée par Pro Juventute et la problématique de la stigmatisation dans la gestion des documents officiels, un livre populaire et riche en illustrations sera publié et un DVD sera créé. La fondation soutient ce projet. Les résultats

des études sont accessibles sur Internet (www.nfp51.ch). En annexe de ce rapport annuel se trouvent en résumé les conclusions et recommandations afin que de tels faits ne se reproduisent plus jamais.

Collaboration avec les principaux partenaires de la fondation

La fondation travaille en collaboration avec les organisations des gens du voyage, en première ligne avec leur organisation faîtière d'entraide, la « Radgenossenschaft der Landstrasse ». L'échange des informations et la répartition du travail sont le résultat d'une collaboration de longue date, empreinte de confiance et de respect mutuel.

Au sein de la Confédération, le dossier des gens du voyage est géré par l'Office fédéral de la culture. La coopération avec l'Office fédéral facilite particulièrement les relations avec les organes fédéraux.

Conseil de Fondation

En 2007, le Conseil de Fondation s'est réuni à six reprises. Ses membres ont travaillé et participé en comités et groupes de travail sur différents projets de la fondation.

En 2007, Monsieur Sigisbert Lutz, président de l'Association des Communes Suisses, a quitté le Conseil de Fondation. Madame Maria-Luisa Zürcher, vice-présidente de l'Association des Communes Suisses, a pris sa suite. La fondation tient à remercier Monsieur Sigisbert Lutz pour son action compétente et son engagement en faveur des gens du voyage.

Surveillance de la fondation et Contrôle fédéral des finances

Le contrôle des finances de la fondation a été effectué par le Contrôle fédéral des finances en tant qu'organe de révision de la fondation. Le 3 mars 2008, il a informé le Conseil de Fondation de la conformité légale de la comptabilité et des comptes 2007 et a recommandé au Département fédéral de l'intérieur, exerçant la surveillance de la fondation, d'approuver les comptes annuels 2007.

COMPTES ANNUELS ET BILAN 2007

Compte de résultat 2007

Description	Dépenses CHF	Gains CHF
Contributions de la Confédération		148 300.00
Revenus d'intérêt et plus-values de change		17 876.20
Compte neutre		7 500.00
Contributions	3 796.20	
Publications	12 941.55	
Honoraires	83 611.30	
Jetons de présence et frais	31 514.00	
Contributions AVS	1 620.35	
Courtage / droit de négociation, etc.	2 013.00	
Rapport annuel	9 220.65	
Organe de révision	2 178.10	
Organe de comptabilité	7 289.00	
Relations publiques	17 629.90	
Frais de gestion	2'013.00	
Déficit 2007		494.90
	174'171.10	174.171.10

Bilan 2007

Description	Actif CHF	Passif CHF
Capital d'exploitation	421 541.85	
Titres	495 145.95	
Fonds étrangers à court terme		10 173.90
Réserve de fluctuation des cours		38 000.00
Provisions		64 100.00
Capital de la fondation		804 413.90
	916 687.80	916 687.80

Annexe

Le projet NR « Gestion de dossiers et stigmatisation » :

Appel à la politique

Par Roger Sablonier

De 1926 à 1973, Pro Juventute exerça « l'œuvre d'entraide pour les enfants de la grand-route ». Cette action mena à une persécution organisée des gens du voyage yéniches et de leurs enfants. On ne peut pas refaire le passé. Un réexamen de l'histoire permet toutefois, outre les engagements envers les personnes touchées, de contribuer à une revendication reconnue par tout le monde : qu'une telle chose ne se reproduise plus jamais.

Des rétrospectives historiques, des témoignages autobiographiques et des campagnes d'information au grand public ont déjà éclairci beaucoup de choses. Le jeu funeste entre des valeurs contemporaines largement répandues et une application des instruments institutionnels incontrôlée et bien souvent déficiente du point de vue constitutionnel est devenu plus visible. Parmi les mécanismes sociaux qui ont mené à une marginalisation stigmatisée et en même temps à une obligation fatale d'assimilation pour les Yéniches, la gestion et l'utilisation des documents officiels ont joué un rôle central dans le cadre du programme national de recherche 51 (« Intégration et Exclusion »), le Fond national a permis d'analyser cet aspect de plus près. Une équipe de recherche de l'Université de Zurich (Sara Galle, Thomas Meier et Roger Sablonier) a consulté et analysé de façon systématique les dossiers des archives fédérales sur l'œuvre d'entraide. Des informations supplémentaires proviennent du matériel d'archive d'institutions privées et publiques et le tout est complété par une série d'entretiens avec les parties et en particulier les personnes touchées par les actions de l'œuvre d'entraide.

Les recherches effectuées ont permis d'obtenir une vue d'ensemble fiable sur l'ensemble des cas traités et de classer les destinées sociales en catégories quantitatives. Les résultats de la recherche seront publiés prochainement dans un livre et également exposés au grand public afin de montrer l'ampleur de l'horreur de la situation.

Un deuxième axe de recherche, construit sur le premier et portant le titre « Gestion des dossiers stigmatisation » rejoignait la thématique du programme entier de recherche PNR 51 et correspondait à notre intérêt pour la culture de communication de l'administration et des autorités, en particulier dans les domaines de l'établissement et de l'utilisation des documents officiels (en allemand « Schrifthandeln », c.-à-d. l'impact des documents écrits). Le lien entre gestion des documents officiels et stigmatisation s'illustre particulièrement bien à l'aide des groupes sociaux touchés par l'œuvre d'entraide : les formulations employées dans

les documents ont largement contribué à une caractérisation négative aussi bien individuelle que collective de ceux qu'on appelait des « vagabonds ». Les qualificatifs diffamants (paresseux, voleur, menteur, associal, dépravé, débile, etc.) émanèrent principalement des documents de l'assistance publique, en particuliers de la Pro Juventute, et des services de psychiatrie de l'époque. Ils ont été recopiés et ont fait partie des termes « appropriés » dans les documents officiels de la police, de la justice, des communes et de tous les autres organes ; ils ont ainsi servi de base aux phénomènes de discrimination, de criminalisation et de pathologisation dont les « personnes encadrées » ont gravement souffert psychologiquement et physiquement.

L'examen précis de la gestion des documents officiels et de leurs effets, sur l'exemple de l'œuvre d'entraide, permet de tirer des conclusions qui tiennent lieu de marche à suivre et dépassent largement les domaines de la protection des minorités et des affaires sociales.

Premièrement : concernant le contenu des documents officiels, un **meilleur contrôle des organes de gestion des documents officiels** s'avère indispensable. Le contrôle doit être fondé légalement, ancré dans les institutions et applicable aux organes étatiques, d'autant qu'ils possèdent le monopole en la matière. Cela s'applique également aux institutions privées prenant en charge des missions d'aide sociale sur mandat ou sur autorisation de l'Etat. Lors de la transmission de documents officiels entre administrations, précaution et discrétion doivent être de mise.

Deuxièmement : la gestion des documents officiels par des organes publics et privés nécessite l'application de lignes directrices éthiques et légales formulées le plus clairement possible et de façon homogène. Les efforts pour l'établissement d'un **code de déontologie en matière de gestion des documents officiels** devraient être centralisés dans le cadre d'une collaboration interdisciplinaire. La correction, l'attention et la discipline en matière de gestion des documents officiels passent bien avant la protection des données lorsque la protection de droits personnels est en cause. Avant de fixer par écrit des données, tout particulièrement celles touchant à la sphère privée et à l'intégrité de l'individu, il convient de vérifier strictement le lien direct avec l'affaire.

Troisièmement : entre protection des données et transparence, la balance penche actuellement de plus en plus en faveur de la protection des données. La **conscience des problèmes existants en matière d'utilisation des documents officiels** s'en trouve ainsi plus diminuée que développée. La transparence est elle aussi un droit démocratique légal important, pas seulement la protection des données. Les droits de regard et de compléter les dossiers officiels, assurés aujourd'hui aux personnes touchées doivent être appliqués dans la pratique. Une protection des données restrictive, qui empêche la consultation des documents officiels

contenant des termes discriminatoires, politiquement incorrects ou tout simplement inacceptables pour tout être humain, assure la protection des institutions fautives et non celle des personnes concernées.

Nous espérons que de telles connaissances trouveront une application politique. Ce serait une avancée primordiale pour le groupe ethnique des Yéniches d'aujourd'hui.

Rapporto di gestione 2007

ORGANI DELLA FONDAZIONE

CONSIGLIO DI FONDAZIONE

Presidente:

Werner Niederer*	<i>Ex Consigliere di Stato del Cantone Appenzello Esterno</i>	Herisau
------------------	---	---------

Membri del Consiglio di fondazione:

May Bittel*	<i>Missione dei nomadi</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Dipartimento di giustizia, polizia e sanità del Canton Grigioni</i>	Coira
Dr. phil. Paul Fink*	<i>Ufficio federale della cultura</i>	Berna
Dr. iur. Max Gisler (dal 1.1.2007)	<i>Consigliere municipale</i>	Steinhausen/ZG
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurigo
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz (fino al 31.1.2007)	<i>Associazione dei Comuni Svizzeri</i>	Herrenschwanden
Johann Moser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee
Martin Vinzens	<i>Ufficio federale dello sviluppo territoriale</i>	Berna
Marco Waser (dal 1.1.2007)	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Coira
Maria-Luisa Zürcher (dal 1.2.2007)	<i>Associazione dei Comuni Svizzeri</i>	Schönbühl

*) Membri del Comitato:

Ufficio di revisione:

Controllo federale delle finanze, Berna

Segreteria:

Dr. iur. Urs Glaus, avvocato, Oberer Graben 44, casella postale, 9001 San Gallo

Tel. 071 222 10 20

Fax 071 222 10 55

E-mail info@gj-anwaelte.ch

Sito Internet: www.stiftung-fahrende.ch

RETROSPETTIVA

1997-2007: il decennale della Fondazione

L'idea di creare una fondazione da parte della Confederazione nacque nel 1991 sullo sfondo della persecuzione e discriminazione cui erano stati soggetti per decenni i nomadi e delle quali peraltro allora non era ancora stata pienamente compresa la portata. Sin dall'inizio lo scopo della Fondazione doveva essere quello di "affrontare i problemi contemporanei e futuri dei nomadi". L'iniziativa parlamentare partì dall'allora presidente e da numerosi membri della Commissione della sicurezza sociale e della sanità del Consiglio nazionale. Nella relazione del 28 agosto 1991 la Commissione della sicurezza sociale e della sanità individuava il problema principale dei nomadi nella mancanza di aree di sosta fisse e temporanee, come è purtroppo il caso anche oggi. Una fondazione fu la forma giuridica individuata come la più adatta per poter affrontare i problemi in modo ottimale. Nel parere del 16 settembre 1991 il Consiglio federale sostenne l'iniziativa e delineò nell'essenziale l'organizzazione e il finanziamento della Fondazione come poi furono fissati nella legge. L'indipendenza dall'amministrazione costituiva sia per i promotori sia per il Consiglio federale e per il Parlamento un particolare vantaggio offerto dalla fondazione. Tre anni più tardi, il 9 ottobre 1994, venne approvata la legge federale in materia.

La Fondazione fu creata il 1° maggio 1997. Il Consiglio di fondazione intraprese subito la sua attività. Si concentrò dall'inizio sulle questioni più importanti per i nomadi, consapevole del fatto che né le risorse finanziarie, né il personale erano sufficienti per affrontare tutte le questioni. Al centro dell'attenzione erano l'unificazione della patente di commercio e la soluzione del problema della mancanza di aree di sosta fisse e temporanee. In tal modo la Fondazione si preoccupò di due temi centrali per la cultura dei nomadi. Il Consiglio di fondazione è cosciente del fatto che c'è ancora molto da fare anche nei settori assicurazioni sociali, scuola, promozione della lingua jenisch, avvicinamento tra nomadi e popolazione sedentaria.

Le patenti di commercio sono unificate dal 2003 nel senso che esse sono da allora fondate su base federale, vengono rilasciate dai Cantoni e sono riconosciute su tutto il territorio elvetico. Il problema della mancanza di aree di sosta fisse e temporanee invece permane. Nell'anno 2000 la Fondazione ha commissionato una perizia allo scopo di determinare il numero di aree di sosta esistenti e quantificare il bisogno di nuove aree: ne è emerso che sul territorio svizzero mancano 30 aree di sosta fisse e 30 aree di sosta temporanee. Nel 2005 è stata svolta un'indagine per verificare se la situazione fosse migliorata nel periodo tra il

2000 e il 2005. Il risultato è stato deludente: in totale nel 2005 c'erano a disposizione tre aree di sosta in meno rispetto a cinque anni prima.

Tuttavia oggi l'apparato statale a tutti i livelli è maggiormente consapevole delle esigenze dei nomadi. Si riconosce il fatto che mancano aree di sosta, tutte le relazioni in proposito confermano le due perizie della Fondazione degli anni 2001 e 2006. Nel 2006 il Consiglio federale ha pubblicato, su richiesta del Consiglio nazionale, un rapporto sulla situazione dei nomadi. Numerosi Cantoni hanno elaborato concetti per ovviare alla mancanza di aree di sosta, orientandosi sulle perizie della Fondazione. In tali Cantoni è già in corso l'attuazione dei suddetti concetti.

Tuttavia c'è bisogno di agire, e subito. È compito della Confederazione, dei Cantoni e dei Comuni tutelare la cultura della minoranza nomade in Svizzera. In prima linea si deve garantire ai membri di tale minoranza lo spazio vitale necessario sotto forma di aree di sosta fisse e temporanee. L'intero fabbisogno di 30 aree di sosta fisse e 30 aree di sosta temporanee su tutto il territorio svizzero ammonta a non più di 20 ettari di terreno, vale a dire molto poco, e anche i costi generati sarebbero modesti. I nomadi non chiedono elemosine: per l'uso delle aree di sosta pagano un affitto adeguato. Confederazione, Cantoni e Comuni sono chiamati ad agire di comune accordo: devono assolvere i loro obblighi verso i nomadi e approntare aree di sosta.

La creazione di aree di sosta significa in primo luogo superare i pregiudizi contro i nomadi. La Fondazione chiede questo atto di tolleranza alla popolazione e alle autorità confederali, cantonali e comunali. Essa esige inoltre che il proprio ambito d'azione venga ampliato e che le vengano posti a disposizione sufficienti mezzi finanziari affinché essa possa effettivamente migliorare la situazione dei nomadi.

Nell'anno 2007, in occasione del proprio decennale, la Fondazione ha deciso di onorare le personalità che si sono particolarmente impegnate in favore dei nomadi. Il 17 gennaio 2008 è stato conferito all'ex consigliera federale Ruth Dreifuss un riconoscimento della Fondazione. Nella sua *laudatio* il consigliere nazionale Toni Bortoluzzi ha sottolineato l'autenticità e la sincerità dell'impegno della signora Dreifuss per i nomadi, impegno che non derivava da calcolo politico bensì corrispondeva alle sue opinioni e convinzioni, e proprio per questo ebbe una grande efficacia. La Fondazione ha regalato alla signora Dreifuss un quadro di Max Lüubli, un artista molto legato ai nomadi che vive in Ticino.



Max Läubli, "Dietro le tende", formato 55 x 65 cm, olio su tela

RAPPORTO DI GESTIONE

Lavoro di pubbliche relazioni

Il Consiglio di fondazione aveva deciso già nell'anno 2006 di far elaborare un concetto per le pubbliche relazioni. I temi che interessano i nomadi devono essere portati a conoscenza di Cantoni e Comuni, in modo che i responsabili si attivino in favore dei nomadi. A questo scopo il Consiglio di fondazione ha richiesto la consulenza di una rinomata agenzia di pubbliche relazioni, impartendole il mandato di far conoscere maggiormente all'opinione pubblica le legittime e, col passar del tempo, sempre più urgenti esigenze dei nomadi e di farle recepire ai responsabili a livello politico. La Fondazione terrà particolarmente presente questo aspetto nel quadro della sua attività.

La Fondazione svolge un lavoro di pubbliche relazioni tramite l'informazione. Molti lavori di maturità, di diploma e di seminario sono stati accompagnati da singoli nomadi e dalla direzione, che hanno fornito informazioni, documentazione e assistenza alle autrici e agli autori.

Lavoro a livello politico

Nell'ottobre 2006 il Consiglio federale ha pubblicato il suo rapporto al Parlamento sulla situazione dei nomadi in Svizzera. In esso il Consiglio federale incarica il Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport DDPS di tener conto dei problemi dei nomadi nel quadro della liquidazione delle proprietà del DDPS e di vendere a Cantoni e Comuni proprietà del patrimonio immobiliare disponibile dell'esercito affinché essi possano crearvi aree di sosta fisse e temporanee. Il 12 gennaio 2007 si è svolta un'audizione di fronte alla Commissione della scienza, dell'educazione e della cultura del Consiglio nazionale (CSEC-CN). Una delegazione della Fondazione ha potuto illustrare alle consigliere e ai consiglieri nazionali il proprio punto di vista, e specialmente il desiderio che la vendita delle proprietà del DDPS venga attentamente monitorata dal Parlamento con riguardo alla creazione di aree di sosta per i nomadi. La Fondazione è stata appoggiata anche dal presidente della Conferenza svizzera dei direttori delle pubbliche costruzioni, della pianificazione del territorio e dell'ambiente, il Consigliere di Stato del Canton San Gallo Willi Haag. Nel 2008 il Consiglio federale dovrebbe presentare una relazione provvisoria alla

CSEC. La Fondazione farà confluire il proprio punto di vista nella relazione provvisoria e ne trarrà le conseguenze.

La Fondazione collabora con il DDPS in un gruppo di lavoro allo scopo di realizzare nel modo più efficace possibile il mandato della Confederazione, vale a dire creare aree di sosta per nomadi sulle aree ex militari. A tale scopo la Fondazione organizza un convegno a Berna il 18 aprile 2008. In quest'occasione responsabili a tutti i livelli statali dovrebbero essere informati sulla possibilità unica di creare aree di sosta per nomadi sulle proprietà militari della Confederazione e soprattutto sulle modalità di realizzazione.

In numerosi rapporti di gestione della Fondazione si è menzionato il fatto che nel Canton San Gallo è stato elaborato un concetto per la creazione di aree di sosta temporanee. Ne è in corso la progressiva realizzazione. Un concetto analogo è stato elaborato nel Canton Argovia, dove il Gran Consiglio ha approvato i crediti necessari a fine novembre 2007. La Fondazione ha raccomandato ai Cantoni nei quali devono essere create numerose aree di sosta di basarsi su concetti simili a quelli elaborati nei Cantoni San Gallo e Argovia.

Nell'anno 1998 la Svizzera ha ratificato la Convenzione-quadro del Consiglio d'Europa per la protezione delle minoranze nazionali. Il Consiglio d'Europa richiede ai propri membri la presentazione di relazioni provvisorie a intervalli regolari. Nel contesto della preparazione di tali relazioni alcune delegazioni del Consiglio d'Europa incontrano le amministrazioni degli Stati membri e le organizzazioni interessate per discutere l'attuazione degli obiettivi fissati nella Convenzione. Una delegazione del Consiglio d'Europa è venuta in Svizzera nel novembre 2007. Le organizzazioni dei nomadi hanno potuto illustrare ai delegati il proprio punto di vista sulla possibilità di realizzare gli impegni internazionali che la Svizzera si è assunta verso i nomadi. Anche la Fondazione ha espresso ai delegati del Consiglio d'Europa il proprio punto di vista in base al quale Confederazione, Cantoni e Comuni dovrebbero intraprendere d'intesa maggiori sforzi a favore della minoranza nazionale dei nomadi. Il primo provvedimento da adottare, ma assolutamente non l'unico, è quello di realizzare in maniera energica e mirata il mandato della Confederazione creando su proprietà del DDPS aree di sosta per nomadi. Non è possibile lasciar decidere solamente a Cantoni e Comuni se vogliono realizzare sulle proprietà aree di sosta o utilizzarle per altri scopi: la realizzazione del mandato della Confederazione al DDPS non può dipendere dall'arbitrio dei Cantoni e dei Comuni ove sono situate tali proprietà.

Nell'avamprogetto della Legge sulla promozione della cultura il Consiglio federale ha proposto di abrogare la legge federale concernente la Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri» del 9 ottobre 1994 (SR 449.1) e di sostenere le esigenze dei nomadi unicamente sulla base di una disposizione potestativa nel quadro della promozione della cultura. Secon-

do il Consiglio di fondazione questo sarebbe un regresso immotivato. Questo passo priverebbe soprattutto la Fondazione della sua indipendenza dall'amministrazione federale, indipendenza che costituisce la condizione fondamentale affinché la Fondazione possa assumere una posizione critica e possa esigere in modo credibile che lo Stato adempia i suoi obblighi verso i nomadi. Un risarcimento della persecuzione e delle discriminazioni del secolo scorso non può avvenire solo attraverso gesti simbolici. Sarebbe più importante creare le condizioni affinché la minoranza nazionale dei nomadi possa sviluppare pienamente la sua cultura e la condizione centrale perché ciò avvenga è porre a disposizione aree di sosta fisse e temporanee in numero sufficiente. La Svizzera è attualmente molto lontana dall'adempimento di tale condizione. Rendere la Fondazione finanziariamente dipendente dall'amministrazione statale, come propone di fare il Consiglio federale abrogando la legge federale del 9 ottobre 1994, verrebbe a ledere la ragione d'essere di tale istituzione, che era stata concepita come organizzazione di diritto privato in favore dei nomadi.

Sforzi diretti a creare aree di sosta

La Fondazione ha modesti mezzi finanziari a propria disposizione e non può concedere contributi elevati per la creazione di aree di sosta. Tuttavia essa stanziava da anni piccoli contributi, di norma il 10% dei costi di costruzione, per un limite massimo di 15 000 franchi, per esprimere in tal modo almeno il proprio appoggio ideale e fornire un incoraggiamento.

Nell'anno 2007 è stata creata nel comune di Bonaduz una nuova area di sosta per i nomadi. Questo comune aveva preso spontaneamente l'iniziativa di trasferire la vecchia area di sosta e realizzato in breve tempo la nuova area. Tale area è tra le località di sosta preferite dai nomadi, benché le spese di realizzazione siano state molto modeste, poco più di 100 000 franchi.

Ulteriori contributi

La Fondazione esprime la propria solidarietà e il proprio sostegno a iniziative a favore dei nomadi concedendo modesti contributi per singoli progetti. Per esempio ha così sostenuto le "Settimane della cultura zigana" che si svolgono ogni anno nella città di Zurigo.

Un altro contributo l'ha concesso per un progetto afferente al programma nazionale di ricerca PNR 51 "Integrazione ed esclusione". Nel quadro delle ricerche storiche sull'attività dell'opera assistenziale *Kinder der Landstrasse* [Bambini della strada] della Fondazione Pro

Juventute e sulla problematica della stigmatizzazione attraverso la gestione degli atti ufficiali verranno inoltre pubblicati un libro divulgativo, riccamente illustrato, e un DVD. Anche tale progetto viene sostenuto dalla Fondazione. I risultati delle ricerche sono accessibili via Internet (www.nfp51.ch). In appendice al presente rapporto di gestione sono riassunte le conclusioni più importanti e le raccomandazioni affinché simili fatti non accadano mai più.

Collaborazione con i principali partner della Fondazione

La Fondazione collabora con le organizzazioni dei nomadi, in primo luogo con l'associazione mantello, la *Radgenossenschaft der Landstrasse*. L'informazione reciproca e la divisione del lavoro sono il risultato di una collaborazione di lunga data, caratterizzata da fiducia e rispetto reciproco.

Presso la Confederazione il dossier "Nomadi" è gestito dall'Ufficio federale della cultura. La collaborazione con tale Ufficio rende molto più semplice il contatto con le istituzioni federali.

Consiglio di fondazione

Nell'anno 2007 il Consiglio di fondazione si è riunito sei volte. I suoi membri hanno elaborato e accompagnato in commissioni e gruppi di lavoro numerosi progetti della Fondazione.

Nel 2007 Sigisbert Lutz, il direttore dell'Associazione dei Comuni Svizzeri, si è ritirato dal Consiglio di fondazione. Gli succede Maria-Luisa Zürcher, vicedirettrice dell'Associazione dei Comuni Svizzeri. La Fondazione ringrazia Sigisbert Lutz per la sua azione competente e per il suo impegno in favore dei nomadi.

Autorità di vigilanza sulle fondazioni e Controllo federale delle finanze

L'attività finanziaria della Fondazione è stata sottoposta a verifica dal Controllo federale delle finanze. Il 3 marzo 2008 tale organo ha comunicato al Consiglio di fondazione che il bilancio e la contabilità sono a norma di legge e che richiederà l'approvazione del conto

economico 2007 da parte del Dipartimento federale dell'interno, al quale compete la vigilanza sulle fondazioni.

CONTO ECONOMICO E BILANCIO 2007**Conto economico 2007**

Denominazione	Costi CHF	Ricavi CHF
Contributi Confederazione		148'300.00
Interessi e utili di cambio realizzati		17'876.20
Risultato neutrale		7'500.00
Contributi	3'796.20	
Pubblicazioni	12'941.55	
Onorari	83'611.30	
Gettoni di presenza e spese	31'514.00	
Contributi AVS	1'620.35	
Courtage/tassa sugli scambi, ecc.	2'013.00	
Rapporto di gestione	9'220.65	
Ufficio di revisione	2'178.10	
Ufficio contabile	7'289.00	
Informazione dell'opinione pubblica	17'629.90	
Spese amministrative	2013.00	
Perdita d'esercizio 2007		494.90
	174'171.10	174'171.10

Bilancio 2007

Denominazione	Attivi CHF	Passivi CHF
Capitale circolante	421'541.85	
Titoli	495'145.95	
Capitale di prestito a breve termine		10'173.90
Accantonamenti al fondo oscillazione cambi		38'000.00
Accantonamenti		64'100.00
Capitale della Fondazione		804'413.90
	916'687.80	916'687.80

Appendice

Il progetto del Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica "Gestione degli atti ufficiali e stigmatizzazione": si deve agire a livello politico

di Roger Sablonier

Pro Juventute gestì negli anni tra il 1926 e il 1973 l'opera assistenziale "*Kinder der Landstrasse*" [Bambini della strada] la cui attività condusse a una persecuzione sistematica dei nomadi jenisch e dei loro figli. Non si può modificare il passato tuttavia una fondata rivisitazione storica, oltre a costituire un obbligo verso le persone coinvolte, può contribuire a soddisfare una rivendicazione universalmente accettata: che simili fatti non si ripetano mai più.

Già da qualche tempo indagini storiche, racconti autobiografici e campagne d'informazione hanno chiarito molti aspetti. Il fatale concorso dei valori generalmente diffusi all'epoca e dell'applicazione incontrollata, e spesso deficitaria dal punto di vista dello stato di diritto, di strumenti istituzionali, è divenuto visibile. La gestione e l'utilizzazione degli atti ufficiali svolgono un ruolo centrale all'interno dei meccanismi sociali che condussero alla stigmatizzazione e all'esclusione degli jenish e contemporaneamente alla fatale pressione verso l'assimilazione. Grazie al Fondo nazionale, nel quadro del programma nazionale di ricerca 51 ("Integrazione ed esclusione") è stato possibile indagare ancora una volta in modo approfondito tale aspetto. Un team di ricercatori dell'Università di Zurigo (Sara Galle, Thomas Meier e Roger Sablonier) ha vagliato e analizzato in modo sistematico gli atti dell'opera assistenziale custoditi presso l'Archivio federale. Ulteriori informazioni provengono da importanti materiali d'archivio di istituzioni pubbliche e private, e il tutto è integrato da una serie di interviste con le persone coinvolte, in particolare con le vittime dell'opera assistenziale.

Queste attività di ricerca hanno anzitutto permesso di elaborare una panoramica affidabile sul complesso dei casi di assistenza e di classificarne anche quantitativamente i destini sociali. I risultati dell'indagine, che prossimamente saranno accessibili anche al largo pubblico in forma di libro e in una mostra, illustrano chiaramente la dimensione dello spaventoso fenomeno.

Un'altra direzione di ricerca, basata sulla prima e che porta il titolo "Gestione degli atti ufficiali e stigmatizzazione", si riallaccia alla tematica dell'intero programma nazionale di ricerca 51 e riflette il nostro interesse generale per la cultura della comunicazione di amministrazione e autorità, in particolare nel settore dell'elaborazione e dell'utilizzo di atti ufficiali (in tedesco *Schrifthandeln* vale a dire l'impatto dei documenti scritti). La correla-

zione interna tra gestione degli atti ufficiali e stigmatizzazione emerge in modo particolarmente chiaro sull'esempio dei gruppi sociali di cui si è occupata l'opera assistenziale: le formulazioni adottate negli atti ebbero un peso determinante nella tipica caratterizzazione negativa sia individuale che collettiva dei "vagabondi". Le qualifiche diffamanti (pigro, ladro, menzognero, asociale, sessualmente promiscuo, mentalmente labile, ecc.) si originarono principalmente dagli atti assistenziali, in particolare quelli di Pro Juventute, e dal sistema psichiatrico dell'epoca. Tali qualifiche vennero copiate e deliberatamente scelte, passando nei dossier delle autorità di polizia, giustizia, amministrazione locale e altre istituzioni, e furono la base per discriminazione, criminalizzazione e patologizzazione a fronte delle quali molte delle persone "assistite" rischiarono il crollo psichico e fisico.

Osservare esattamente come furono gestiti i dossier e quali effetti ne derivarono prendendo a esempio l'opera assistenziale permette di giungere a conclusioni il cui significato di indicazioni pratiche per l'azione oltrepassa di gran lunga i settori della protezione delle minoranze e dell'assistenza sociale.

In primo luogo: con riferimento al contenuto degli atti ufficiali **un miglior controllo sulle istituzioni che gestiscono i gli atti** è indispensabile. Il controllo deve fondarsi su basi giuridiche, essere ancorato a livello istituzionale e deve valere per le istituzioni statali, tanto più che esse detengono una vera e propria posizione di monopolio in materia. Ma devono essere controllate anche le istituzioni private che su mandato statale o con l'autorizzazione dello Stato svolgono compiti assistenziali. Nella trasmissione di documenti ufficiali all'interno dell'amministrazione sono necessarie la massima accuratezza e discrezione.

In secondo luogo: la gestione degli atti ufficiali da parte di istituzioni pubbliche e private richiede direttive giuridiche ed etiche il più possibile chiare e unitarie. Gli sforzi già intrapresi per l'introduzione di un **codice etico nella gestione degli atti ufficiali** dovrebbero essere proseguiti tramite una collaborazione interdisciplinare. Correttezza, accuratezza e disciplina nella gestione degli atti vengono molto prima della protezione dei dati quando si tratta della protezione dei diritti della persona. Prima di mettere per iscritto qualsiasi dato, in particolare quelli che potrebbero ledere la sfera privata, l'integrità e la dignità personali, si devono controllare in modo molto rigoroso il legame diretto con l'affare trattato.

In terzo luogo: negli ultimi tempi l'equilibrio tra protezione dei dati e trasparenza si sposta sempre più in favore della protezione dei dati. In tal modo la necessaria **presa di coscienza sui problemi che possono sorgere nell'utilizzo degli atti ufficiali** viene a essere ostacolata più che favorita. Non solo la protezione dei dati, ma anche la trasparenza costituisce un importante requisito per un democratico stato di diritto. Il diritto delle persone coinvolte a consultare e integrare gli atti, al giorno d'oggi ampiamente assicurato, deve essere reso ese-

cutorio nella prassi. Una protezione dei dati restrittiva con la quale si impedisca la consultazione degli atti con contenuti discriminatori, politicamente scorretti o semplicemente inaccettabili a livello umano, non protegge le persone coinvolte bensì le istituzioni in colpa.

Speriamo che si trovi una via affinché tali risultati trovino un'applicazione a livello politico. Questo sarebbe importante anche per l'attuale popolazione jensch.